

Geht per Mail an: energiestrategie@bfe.admin.ch

8.5. 2017

Vernehmlassung: Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050: Änderungen auf Verordnungsstufe

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Seit Jahren engagiert sich die BDP für die Energiestrategie 2050 und damit für eine bürgerliche Energiewende. Mithilfe der Förderung einheimischer erneuerbarer Energien, der Steigerung der Energieeffizienz und des Verbots von Rahmenbewilligungen für neue Atomkraftwerke wird die energiepolitische Zukunft der Schweiz auf ein stabiles Fundament gesetzt. Im Folgenden nehmen wir zu einzelnen Artikeln aus der Energieverordnung, der Energieförderverordnung, der Stromversorgungsverordnung sowie der Gebührenverordnung Stellung.

Totalrevision der Energieverordnung (EnV)

Art. 8 Wasserkraftanlagen von nationalem Interesse

Absatz. 1b und 2b: Aufgrund der hohen Bedeutung von Speichermöglichkeiten sollten auch kleinere Neuanlagen im Sinne der Energiestrategie 2050 von nationalem Interesse sein und bereits Wochenspeicher (ca. 200 Stunden Vollbetrieb) als voll steuerbare Anlagen im nationalen Interesse gelten. Zu Absatz 4 schlagen wir untenstehende Präzisierungen vor. Im Weiteren ist ein neuer Absatz 5 mit Querverweis auf die EnFV einzufügen.

Anträge

^{1b} eine mittlere erwartete Produktion von jährlich mindestens 10 GWh und über mindestens ~~800~~ 200 Stunden Stauinhalt bei Volleistung verfügen.

^{2b} eine mittlere erwartete Produktion von jährlich mindestens 5 GWh und über mindestens ~~400~~ 100 Stunden Stauinhalt bei Volleistung verfügen.

⁴ Pumpspeicherkraftwerke sind von nationalem Interesse, wenn die Pumpen über eine installierte Leistung von mindestens 100MW verfügen. Das nationale Interesse der Produktion aus natürlichen Zuflüssen wird gemäss Art 8 Abs. 1 oder Abs. 2 beurteilt.

^{5 (neu)} Anlagen einer Kaskade gelten dann als selbständige Anlage, wenn sie unabhängig von den anderen Anlagen der Kaskade betrieben werden können. Falls die Anlagen einer Kaskade nicht unabhängig betrieben werden können, so gilt die Kaskade als eine Anlage (Anhang 1.1. Ziff. 1 EnFV)

Art. 10 Ausschluss nach Art. 12 Abs. 2 EnG

Im Artikel 12 Absatz 2 EnG bezieht sich der Ausschluss explizit auf neue Anlagen (Auszug aus Artikel 12 Absatz 2 EnG: *"In Biotopen von nationaler Bedeutung nach Artikel 18a NHG und in Wasser- und Zugvogelreservaten nach Artikel 11 des Jagdgesetzes vom 20. Juni 1986 sind neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgeschlossen."*). Bestehende Anlagen und allfällige Erneuerungen und Erweiterungen sind somit zulässig. Eine Einschränkung würde der Energiestrategie 2050 widersprechen.

Antrag

Der Ausschluss nach Artikel 12 Absatz 2 EnG umfasst künstlich geschaffene und auf Dauer angelegte Einrichtungen, die innerhalb des Perimeters eines Biotops von nationaler Bedeutung oder innerhalb einem Wasser- und Zugvogelreservat in bestimmter fester Beziehung zum Erdboden neu zu stehen kommen. Bestehende Anlagen und allfällige Erweiterungen von bestehenden Anlagen sind zulässig.

Art. 13 Abs. 1 - Vergütung

Die BDP lehnt den Einbezug von Gestehungskosten bei der Ermittlung des Vergütungssatzes für Elektrizität aus erneuerbaren Energien ab. Eine solche Regelung wäre nicht konform mit einer vollständigen Marktöffnung und führte zu Wettbewerbsverzerrungen zu Ungunsten von Netzbetreibern mit Eigenproduktion. Art. 15 Abs. 3 Bst. a des neuen Energiegesetzes nennt explizit die *Beschaffung* gleichwertiger Elektrizität, womit die Gestehungskosten der Eigenproduktion kaum gemeint sein können. Die Formulierung im Verordnungsentwurf führt dazu, dass Netzbetreiber mit eigener Produktion die Subventionierung von erneuerbaren Energien übernehmen und - bei relativ teurer Eigenproduktion - grosszügige Rückliefervergütungen zahlen müssen.

Insgesamt führte die vorgeschlagene Regelung demnach zu einer systematischen Benachteiligung von EVU mit eigener Stromproduktion und zu volkswirtschaftlich ineffizienten Anreizen, möglichst auf eigene Produktion zu verzichten. Darüber hinaus fördert die neue Regelung einseitig den Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion in Versorgungsgebieten, die bereits einen hohen Anteil eigener Produktion haben. Dies ist aus netz- und versorgungstechnischer Sicht kritisch, da ein solch einseitiger Ausbau Netzengpässe akzentuiert.

Antrag

¹ Bei der Vergütung für Elektrizität aus erneuerbaren Energien richten sich die Kosten, die der Netzbetreiber für die Beschaffung gleichwertiger Elektrizität vermeidet, nach den Kosten des Bezugs bei Dritten ~~und den Gestehungskosten der eigenen Produktionsanlagen.~~

Art. 32 – Zusicherung der Entschädigung

Abs. 3: Bereits erhaltene Bescheide und getätigte Investitionen basieren auf dem Vertrauen, dass sämtliche Kosten übernommen werden. Mehrkosten, die in der Regel nicht durch das Kraftwerksunternehmen verursacht werden, müssen gemäss Gesetz ebenfalls bezahlt werden. Eine erneute Prüfung schwächt die Rechts- und Investitionssicherheit.

Antrag

³ Stellt der Inhaber der Wasserkraftanlage nach der Zusicherung fest, dass Mehrkosten anfallen, so meldet er dies unverzüglich der kantonalen Behörde und dem BAFU. ~~Sind die Mehrkosten wesentlich, so ist das Verfahren gemäss den Absätzen 1 und 2 sinngemäss anwendbar.~~

Art. 33 – Auszahlungsplan

Übersteigen die eingereichten Gesuche die verfügbaren Mittel, so erstellt das BAFU einen Auszahlungsplan. Das Risiko liegt beim Investor und die Konsequenzen sind schwer abschätzbar. Es ist ein Widerspruch gegenüber dem Grundsatz, dass alle Kosten gedeckt werden müssen. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn auf verzögerten Auszahlungen ein Verzugszins von 5% abgegolten wird.

Antrag

¹ Übersteigen die eingereichten Gesuche die verfügbaren Mittel, so erstellt das BAFU einen Auszahlungsplan. ~~Verzögerte Auszahlungen aufgrund eines Auszahlungsplanes werden mit einem Verzugszins von 5% ausbezahlt.~~

Art. 34 – Auszahlung der Entschädigung und Rückforderung

Abs. 2: Die Möglichkeit zur Finanzierung eines virtuellen Projektes soll in die Verordnung aufgenommen werden.

Antrag

² Die anrechenbaren Kosten richten sich nach Anhang 3 Ziffer 3. ~~Bei Kraftwerksbauten, die gleichzeitig einen Sanierungseffekt haben, orientiert sich die Kostenbeteiligung an den finanziellen Aufwendungen für eine vergleichbare, theoretisch realisierbare Massnahme.~~

Abs. 3: Um Unklarheiten auszuräumen, sollte auf 730.014.1 verwiesen werden (Verordnung des UVEK über die Berechnung der anrechenbaren Kosten von betrieblichen Sanierungsmassnahmen bei Wasserkraftwerken).

Antrag

³ Das UVEK regelt die Einzelheiten für die Berechnung der anrechenbaren Kosten von betrieblichen Massnahmen ~~(SR 730.014.1).~~"

Art. 35 – Teilzahlungen

Bereits laufende Projekte dürfen zwecks Rechtsgleichheit nicht von der Möglichkeit von Teilzahlungen ausgeschlossen werden. Es gibt Finanzierungsbescheide aus einer Zeit, in der Teilzahlungen nicht möglich waren (z.B. GKI). In diesen Bescheiden ist keine Teilzahlung vorgesehen, was zu einer Diskriminierung führen würde.

Antrag

¹ Bei aufwendigen Sanierungsmassnahmen kann der Inhaber einer Wasserkraftanlage Gesuche um höchstens zwei Teilzahlungen pro Jahr stellen, ~~soweit dies in der Zusicherung vorgesehen ist und das Projekt entsprechend fortgeschritten ist.~~"

Art. 36 – Anwendbarkeit des Subventionsgesetzes

Bei Entschädigungen für Sanierungsmassnahmen handelt es sich nicht um Subventionen. Investitionen in eine Zusatznutzung können weitere Fördergelder erhalten, wenn sie die entsprechenden Kriterien erfüllen. Eine Zusatznutzung zu einer Sanierungsmassnahme führt zu keiner Schmälerung der anrechenbaren Kosten.

Antrag

Art. 36 Anwendbarkeit des Subventionsgesetzes Zusatznutzung

¹ ~~Im Übrigen ist das 3. Kapitel des Subventionsgesetzes sinngemäss anwendbar.~~

Eine Zusatznutzung zu einer Sanierungsmassnahme führt zu keiner Schmälerung der anrechenbaren Kosten. Investitionen in eine Zusatznutzung können weitere Fördergelder erhalten, wenn sie die entsprechenden Kriterien erfüllen.

Art. 83 – Inkrafttreten

Für Projekt-Bescheide nach der EnV 1998 muss eine Bestandsgarantie gelten, welche in der neuen EnV verankert ist.

Antrag

² Bereits erteilte Zusicherungen von Entschädigungen für Sanierungsmassnahmen nach EnV 1998 bleiben unbeschränkt gültig.

Energieförderverordnung (EnFV)

Art. 3 Neuanlagen

Abs. 2: In gewissen Fällen ist der Ersatz einer bestimmten Komponente (z.B. bei einem Stollen oder einer Staumauer) nicht sinnvoll bzw. nicht möglich. Diese Bauteile können bestenfalls saniert werden. Der Ersatz des Zentralengebäudes kann im Fall von gut erhaltener Bausubstanz ebenfalls nicht sinnvoll sein oder sogar aus Gründen des Denkmalschutzes verboten werden. In solchen Fällen soll die Anlage auch als Neuanlage gelten.

Antrag

² Als Neuanlage gilt ebenfalls eine Anlage, die eine bestehende Anlage **komplett** ersetzt.

Abs. 4: Bei den im Rahmen der KEV priorisierten „Springer-Anlagen“ handelt es sich um baureife Projekte, die in kurzer Zeit realisiert werden und somit ihren Beitrag zur erneuerbaren Energieproduktion leisten können. Zudem wurden für die Projektierung und das Bewilligungsverfahren, welche zur Priorisierung auf der Warteliste geführt haben, auf Basis der geltenden Regeln bereits erhebliche Vorinvestitionen getätigt. Im Sinne des Vertrauensschutzes sollen diese Projekte im Rahmen des KEV/EVS-Regime realisiert werden können.

Antrag

^{4 (neu)} **KEV-Gesuche für Wasserkraftanlagen, die vor dem 1. Januar 2018 auf der Warteliste als „Springer-Anlagen“ priorisiert wurden, werden wie Neuanlagen behandelt. Bezüglich der zu erfüllenden Kriterien, der Vergütungsdauer und der Vergütungshöhe gelten die massgebenden Bestimmungen zum Zeitpunkt der Einreichung der zweiten Projektfortschrittsmeldung.**

Art. 15 und Art. 109 – Pflicht zur Direktvermarktung

Der Wechsel in die Direktvermarktung sollte für Anlagen im bestehenden Vergütungssystem grundsätzlich freiwillig sein. Dies ist auch aus ökonomischer Sicht sinnvoll, indem ein ausreichend flexibler Rahmen geschaffen wird, ohne die Investitions- und Rechtssicherheit zu tangieren.

Mit einem verpflichtenden Wechsel in die Direktvermarktung besteht für die Betreiber grundsätzlich die Gefahr einer Schlechterstellung, da einerseits zusätzliche administrative Kosten entstehen, und andererseits die Summe aus Markterlös und Einspeiseprämie tiefer sein kann, als der Erlös aus der bisherigen kostendeckenden Einspeisevergütung. Gemäss Energiegesetz (EnG Art. 72 Abs. 5) steht es den Betreibern, die eine Vergütung nach bisherigem Recht erhalten, grundsätzlich frei, ob sie an der Direktvermarktung teilnehmen oder nicht.

Antrag

Art. 15 Direktvermarktung

¹ Von der Pflicht zur Direktvermarktung (Art. 21 EnG) ausgenommen sind Betreiber von Neuanlagen mit einer Leistung von weniger als 30 kW **und Betreiber von Anlagen, die bereits eine Vergütung nach bisherigem Recht erhalten.**

² ~~Betreiber von Anlagen mit einer Leistung ab 500 kW, die bereits eine Vergütung nach bisherigem Recht erhalten, müssen in die Direktvermarktung wechseln.~~

³ Sämtliche Betreiber können jederzeit unter Einhaltung einer Meldefrist von drei Monaten auf ein Quartalsende hin in die Direktvermarktung wechseln. Die Rückkehr zur Einspeisung zum Referenzmarktpreis ist ausgeschlossen.

Art. 109 Übergangsbestimmung zur Direktvermarktung

~~⁴ Von der Pflicht zur Direktvermarktung ausgenommen sind Betreiber von Neuanlagen mit einer Leistung:~~

~~a. von weniger als 500 kW in den ersten zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung;~~

~~b. ab 500 kW im ersten Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung.~~

~~² Von der Pflicht zur Direktvermarktung ausgenommen sind zudem Betreiber von Anlagen nach Artikel 15 Absatz 2 im ersten Jahr ab Inkrafttreten dieser Verordnung (Art. 72 Abs. 5 EnG).~~

Art. 21 – Abbau der Warteliste für PV-Anlagen

Die BDP befürwortet die vorgeschlagene Variante 1, wonach schon gebaute Anlagen priorisiert werden. Bereits realisierte Anlagen sind das Risiko eingegangen, auch ohne Förderzusage den Betrieb aufzunehmen und tragen somit zum Ziel der Energiestrategie bei, die Produktion aus erneuerbaren Energien möglichst rasch zu erhöhen. Da ihre Lebenszeit schon läuft, benötigen sie die Förderung am dringendsten.

Art. 29, 30, 31

Die angedachte Lösung, wonach Netzbetreiber dazu verpflichtet werden, Strom aus vergütungsberechtigten Anlagen gemäss dem Referenzmarktpreis abzunehmen, schafft Marktverzerrungen und Ungleichheiten. Darüber hinaus ist die Lösung nicht mit einer vollständigen Marktöffnung und damit verbundenen Strukturveränderungen vereinbar.

Stattdessen sollte das bewährte System der BG-EE beibehalten werden. Während die vorgeschlagene Regelung die Bilanzgruppen und Netzbetreiber zufällig und ohne sachlichen Grund nach den im jeweiligen Netzgebiet befindlichen Produktionsanlagen mit Aufwand und finanziellen Risiken belastet und damit wettbewerbsverzerrend wirkt, gewährt die BG-EE eine Gleichbehandlung der Marktteure und ist auch vereinbar mit einer vollen Marktöffnung. Um die Effizienz des BG-EE-Systems weiter zu verbessern (vgl. Art. 24 StromVV) soll der abgenommene Strom direkt am Spotmarkt abgesetzt werden. Transaktionskosten können so geringgehalten werden und die Transparenz wird weiter erhöht.

Antrag

Art. 29

Absatz 2 streichen

~~² Die Bilanzgruppe, die Elektrizität aus Anlagen abnimmt, deren Betreiber Elektrizität zum Referenzmarktpreis einspeisen und über eine Lastgangmessung oder über ein intelligentes Messsystem verfügen, erhält von der Vollzugsstelle pro kWh vierteljährlich ein~~

~~Bewirtschaftungsentgelt in der Höhe von:~~

~~a. 0,38 Rappen bei Photovoltaik- und Windenergieanlagen;~~

~~b. 0,2 Rappen bei Wasserkraftanlagen;~~

~~c. 0,15 Rappen bei Biomasseanlagen.~~

Art. 30

~~Für die Elektrizität aus Anlagen, die zum Referenzmarktpreis einspeisen, haben der Vollzugsstelle den Referenzmarktpreis zu entrichten:~~

~~a. die jeweilige Bilanzgruppe: bei Anlagen, die eine Lastgangmessung oder ein intelligentes Messsystem haben;~~

~~b. der jeweilige Netzbetreiber: bei Anlagen, die nicht lastganggemessen sind und über kein intelligentes Messsystem verfügen.~~

Art. 31

Absatz 1 und 2 streichen

~~¹ Trifft ein Betreiber, der zum Referenz-Marktpreis einspeist und dessen Anlage über eine Lastgangmessung oder ein intelligentes Messsystem verfügt, über die Abnahme seiner Produktion keine Vereinbarung mit einer Bilanzgruppe, so wird die Anlage der Bilanzgruppe des Netzbetreibers am Standort der Anlage zugeordnet.~~

~~² Die Bilanzgruppen melden der Vollzugsstelle die ihr zugeordneten Netzbetreiber. Wechselt ein Netzbetreiber die Bilanzgruppe, so hat die neue Bilanzgruppe dies der Vollzugsstelle unverzüglich schriftlich mitzuteilen.~~

Art. 36 – Bewilligung des früheren Baubeginns

Gemäss Art. 24 Abs. 3 EnG haben neue oder erheblich erweiterte oder erneuerte Anlagen, welche nach dem 1.1.2013 in Betrieb genommen wurden, Anspruch auf Investitionsbeiträge. Andererseits darf mit dem Neubau resp. der erheblichen Erweiterung/Erneuerung erst nach der Erteilung einer Zusicherung durch das BFE begonnen werden (Art. 28, Abs.1 und Abs. 2, EnG). Diese beiden Artikel stehen im Widerspruch zueinander, der auch im Art. 36 der EnFV nicht aufgelöst wird.

Antrag

Präzisierung von Art. 36 für die Auflösung des Widerspruchs mit Berücksichtigung von Art. 24 Abs. 3 EnG, dass neue oder erheblich erweiterte oder erneuerte Anlagen, welche nach dem 1.1.2013 in Betrieb genommen werden, Anspruch auf Investitionsbeiträge haben (auf den ersten Stichtag hin).

Art. 51 – Erheblichkeit der Erweiterung oder Erneuerung

Bezüglich der Bagatellgrenze (Abs. 1a), der Produktionserwartung (Abs. 1e), sowie beim Sachverhalt der Anlagenerneuerung schlagen wir folgende Anpassungen vor:

Antrag

¹ Die Erweiterung einer Anlage ist erheblich, wenn durch bauliche Massnahmen:

a. die Ausbauwassermenge aus dem bereits genutzten Gewässer um mindestens ~~20~~ 15 Prozent erhöht wird;

e. die ~~durchschnittlich erwartete~~ jährliche Nettoproduktion gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf vollen Betriebsjahre vor der Inbetriebnahme der Erweiterung um mindestens 20 Prozent oder 30 GWh gesteigert wird.

² Die Erneuerung einer Anlage ist erheblich, wenn:

- a. mindestens eine Hauptkomponente wie Wasserfassung, Wehr, Speicher, Druckleitung, Maschinen, **Zubringerpumpen** oder elektromechanische Ausrüstung der Anlage ersetzt oder totalsaniert wird; und
- b. die Investition **für Anlagen mit einer Leistung von höchstens 10 MW** _mindestens 10 Rp./kWh **beziehungsweise für Anlagen mit einer Leistung von mehr als 10 MW mindestens 5 Rp./kWh** der durchschnittlich in einem Jahr der letzten fünf vollen Betriebsjahre erzielten Nettoproduktion beträgt.
- c. die Differenz zwischen der durchschnittlich erwarteten jährlichen Nettoproduktion mit Erneuerung gegenüber der durchschnittlich erwarteten jährlichen Nettoproduktion ohne Erneuerung in den ersten fünf vollen Betriebsjahren nach der Erneuerung mindestens 20 Prozent oder 30 GWh beträgt.

Art. 53 und 54 – Reihenfolge der Berücksichtigung und Warteliste

Nicht nur bei den Grosswasserkraftwerken soll die Effizienz im Vordergrund stehen, sondern auch bei den Kleinwasserkraftwerken. Das Einreichtdatum des Gesuchs als wichtigstes Zuschlagskriterium ist folglich abzulehnen. Deshalb sind die Art. 55 und Art. 56 EnFV analog auch für kleine Wasserkraftwerke zu übernehmen.

Antrag

~~Art. 53 Reihenfolge der Berücksichtigung~~

~~¹ Massgebend für die Berücksichtigung eines Projekts, mit dem eine Wasserkraftanlage mit einer Leistung von höchstens 10 MW erheblich erweitert oder erneuert werden soll, ist das Einreichdatum des Gesuchs.~~

~~² Können nicht alle am gleichen Tag eingereichten Gesuche berücksichtigt werden, so werden die Projekte mit der grössten Mehrproduktion zuerst berücksichtigt.~~

Art. 53 Zur Verfügung stehende Mittel

¹ Die Mittel, die für Investitionsbeiträge für Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von höchstens 10 MW verwendet werden können, werden im Zweijahresrhythmus zugeteilt.

² Die Zweijahresperiode beginnt am 1. Januar des Jahres, in das ein Stichtag fällt. Die Stichtage sind der 30. Juni 2018, der 30. Juni 2020, der 30. Juni 2022, der 30. Juni 2024, der 30. Juni 2026, der 30. Juni 2028, und der 30. Juni 2030.

³ Die Höhe der Mittel, die für Investitionsbeiträge für Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von höchstens 10 MW verwendet werden, ist definiert durch ... *[zu konkretisieren]*

Art. 54 Warteliste

~~¹ Reichen die Mittel nicht für eine sofortige Berücksichtigung aus, so werden die Projekte, in eine Warteliste aufgenommen, es sei denn, sie erfüllen die Anspruchsvoraussetzungen offensichtlich nicht.~~

~~² Das BFE teilt der gesuchstellenden Person mit, dass ihr Projekt in die Warteliste aufgenommen wurde.~~

~~³ Stehen wieder Mittel zur Verfügung, so werden die Projekte entsprechend dem Einreichdatum des Gesuchs berücksichtigt.~~

Art. 54 Reihenfolge der Berücksichtigung

¹ Können alle bis zu einem Stichtag eingereichten Gesuche berücksichtigt werden und stehen danach noch Mittel zur Verfügung, können auch später eingereichte Gesuche laufend berücksichtigt werden, bis die Mittel für diese zwei Jahre ausgeschöpft sind.

² Können nicht alle bis zu einem Stichtag eingereichten Gesuche berücksichtigt werden, so werden die Projekte, die die grösste Mehrproduktion im Verhältnis zu den als Investitionsbeitrag zu bezahlenden Mitteln aufweisen, zuerst berücksichtigt.

³ Die Mehrproduktion bei Erweiterungen bemisst sich nach der durchschnittlich erwarteten jährlichen Nettoproduktion gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf vollen Betriebsjahre vor der Inbetriebnahme der Erweiterung.

⁴ Die Mehrproduktion bei Erneuerungen bemisst sich nach der Differenz zwischen der durchschnittlich erwarteten jährlichen Nettoproduktion mit Erneuerung gegenüber der durchschnittlich erwarteten jährlichen Nettoproduktion ohne Erneuerung in den ersten fünf vollen Betriebsjahren nach der Erneuerung.

⁵ Gesuche für Anlagen, die nicht berücksichtigt werden können, werden jeweils an den folgenden Stichtagen mit den neu hinzugekommenen Gesuchen nach den Absätzen 1–3 erneut beurteilt, sofern sie in der Zwischenzeit nicht zurückgezogen werden. Das BFE erteilt auf Anfrage eine Erlaubnis zum vorzeitigen Baubeginn gemäss Art. 36 und berücksichtigt dabei die Verschiebung auf den folgenden Stichtag als schwerwiegenden Nachteil.

⁶ Werden für ein Projekt reservierte Mittel nicht verwendet, so werden sie laufend für die Berücksichtigung von Projekten in der Reihenfolge nach den Absätzen 1-3 verwendet.

Art. 55 – Zur Verfügung stehende Mittel

Für die Zuteilung der Gelder für Wasserkraftanlagen von über 10 MW ist im Entwurf ein Vierjahresrhythmus gewählt worden. Dieser grosse Zeitabstand zwischen den Zuteilungen kann für gewisse Projekte in Bezug auf deren Wirtschaftlichkeit problematisch sein. Besser wäre deshalb eine Zweijahresperiode.

Antrag

Art. 55 Zur Verfügung stehende Mittel

¹ Die Mittel, die für Investitionsbeiträge für Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als 10 MW verwendet werden können (Art. 38 Abs. 2 EnV), werden im ~~Vier-Zwei~~jahresrhythmus zugeteilt.

² Die Vierjahresperiode beginnt am 1. Januar des Jahres, in das ein Stichtag fällt. Die Stichtage sind der 30. Juni 2018, ~~der 30. Juni 2020~~, der 30. Juni 2022, ~~der 30. Juni 2024~~, der 30. Juni 2026, ~~der 30. Juni 2028~~ und der 30. Juni 2030.

Art. 56 Reihenfolge der Berücksichtigung

¹ Können alle bis zu einem Stichtag eingereichten Gesuche berücksichtigt werden und stehen danach noch Mittel zur Verfügung, können auch später eingereichte Gesuche laufend berücksichtigt werden, bis die Mittel für diese ~~vierzwei~~ Jahre ausgeschöpft sind.

Art. 56 – Reihenfolge der Berücksichtigung von Grosswasserkraftanlagen

Absatz. 4: Das Verschieben des Baubeginns um 4 Jahre (bzw. gemäss Antrag um 2 Jahre) dürfte häufig nicht möglich und nicht wirtschaftlich sein. Aus Sicht der Behörde entstehen durch die Erlaubnis keine Nachteile, da die Erlaubnis keinen Anspruch auf einen Investitionsbeitrag beinhaltet.

Antrag

⁴ Gesuche für Anlagen, die nicht berücksichtigt werden können, werden jeweils an den folgenden Stichtagen mit den neu hinzugekommenen Gesuchen nach den Absätzen 1–3 erneut beurteilt, sofern sie in der Zwischenzeit nicht zurückgezogen werden. ~~Das BFE erteilt auf Anfrage eine Erlaubnis zum vorzeitigen Baubeginn gemäss Art. 36 und berücksichtigt dabei die Verschiebung auf den folgenden Stichtag als schwerwiegenden Nachteil.~~

Absatz. 6: Nach mehrjährigen Verfahren bis zum Erhalt der Baugenehmigung möchten die Gesuchsteller nicht noch lange auf den Entscheid vom BFE warten. Es ist deshalb eine Frist seitens BFE zu definieren.

Antrag

^{6 (neu)} Der Entscheid an die Gesuchsteller über die Berücksichtigung ist spätestens drei Monate nach dem Stichtag mitzuteilen.

Art. 63 Abs. 2 – Definitive Festsetzung des Investitionsbeitrags

Zur Schaffung einer höheren Investitionssicherheit sollte Art. 63 Abs. 2 lediglich eine Aktualisierung der tatsächlichen Investitionskosten sowie der jährlichen Nettoproduktion vorsehen. Denn die nachträgliche Aktualisierung des Preisszenarios und des kalkulatorischen Zinssatzes führt dazu, dass zum Zeitpunkt der Investition grosse Unsicherheit über die tatsächliche Höhe des Investitionsbeitrags besteht.

Nachträgliche Anpassungen durch das BFE ignorieren die grundsätzlichen unternehmerischen Prozesse, wonach Unternehmen ihre Investitionsentscheide auf Basis ihrer eigenen Einschätzungen bezüglich der künftigen Preis- und Zinsentwicklungen sowie ihrer damit verbundenen Risikofähigkeit treffen. Eine allfällige Überkompensation wird im Übrigen bereits mit Art. 38 Abs. 3 EnFV ausgeschlossen.

Antrag

² Die nicht amortisierbaren Mehrkosten werden aufgrund der definitiven anrechenbaren Investitionskosten und der gemeldeten durchschnittlichen jährlichen Nettoproduktion, ~~des aktuellen Preisszenarios und des aktuellen kalkulatorischen Zinssatzes~~ neu berechnet.

Art. 65 Abs. 1 – Anrechenbare Investitionskosten

Finanzierungskosten sind relevante Kosten bei Investitionsprojekten und werden in der Praxis in jeder Projektabrechnung berücksichtigt. Vorliegend ist dies insbesondere relevant, da Auszahlungen teilweise deutlich nach Anfallen der Kosten erfolgen werden.

Antrag:

¹ Für die Berechnung des Investitionsbeitrags sind insbesondere die Erstellungs-, die Planungs-, **die Finanzierungs-** und die Bauleitungskosten sowie die Eigenleistungen ~~des Betreibers~~ anrechenbar, sofern sie: [...]

Art. 71 – Verbleibende Nutzungsdauer

Das DCF ist - mit Blick auf die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in der Praxis - auf das Konzessionsende zu beschränken. Denn der Betreiber muss bei einer Neukonzessionierung die Anlagen in Form einer Heimfallsverzichtentschädigung neu „kaufen“ und kann demnach die Anlagen nicht über die Konzessionsdauer abschreiben.

Antrag

Zur Bestimmung der verbleibenden Nutzungsdauer wird auf die Nutzungsdauer des neu eingebauten Bestandteils abgestellt, der die längste Nutzungsdauer gemäss der Nutzungsdauertabelle in Anhang 2.2 aufweist, **längstens jedoch bis zum Ablauf der Konzession.**

Art. 96 Grundversorgungsabzug

Absatz 2: Die zwingend abzunehmende Elektrizität nach Art. 15 Abs. 1 EnG verkleinert die marktpremienberechtigte Strommenge aus Grosswasserkraft in der Grundversorgung. Zur Wahrung der Konsistenz sollte deshalb Absatz 2 dahingehend modifiziert werden, dass auch die Elektrizität mit Abnahmepflicht nach Art. 15 Abs. 1 EnG zum Abzug gebracht werden kann.

Antrag

² Statt dieses Abzugs können sie einen bereinigten Grundversorgungsabzug zur Anwendung bringen (Art. 31 Abs. 2 EnG). Diesen bilden sie, indem sie den ersten Abzug um die Elektrizität aus anderen erneuerbaren Energien, die sie in ihrer Grundversorgung verkaufen (Erneuerbaren-Menge), reduzieren. **Mit Ausnahme nach Art. 15 Abs. 1 EnG abgenommener erneuerbarer Elektrizität ist eine solche Reduktion nicht zulässig, wenn es sich um Elektrizität handelt, die**

~~Nicht zulässig ist eine solche Reduktion, wenn es sich um Elektrizität handelt, die~~

- a. im Einspeisevergütungssystem oder anderweitig unterstützt wird;
- b. nicht aus eigenen Anlagen stammt, es sei denn der Bezug beruhe auf langjährigen und vor dem 1. Januar 2016 abgeschlossenen Verträgen.

Absatz 3: Da der Begriff "Portfolio" nicht definiert ist, ist hier eine Präzisierung erforderlich. Gemeint sind die marktpremienberechtigten Anlagen.

Antrag

³ ~~Wer Elektrizität aus mehreren Grosswasserkraftanlagen im Portfolio hat, darf Unternehmen, die Elektrizität aus mehreren marktpremienberechtigten Grosswasserkraftanlagen erzeugen, dürfen keine~~ mengengewichtete Mittelung der nicht gedeckten Gesteungskosten vornehmen. Die Marktpremie steht den Berechtigten stattdessen pro Anlage im Umfang ihrer Marktpremienquote zu. Diese ermittelt sich als Quotient aus:

- a. der Differenz der gesamten Elektrizität aus Grosswasserkraftanlagen mit nicht gedeckten Gesteungskosten ~~im Portfolio~~ und dem angewandten Grundversorgungsabzug (Abs. 1 oder Abs. 2); und
- b. der gesamten Elektrizität aus Grosswasserkraftanlagen mit nicht gedeckten Gesteungskosten ~~im Portfolio~~

Art. 97 – Unternehmensbetrachtung bei Grundversorgung

Wir beantragen im Sinne einer besseren Verständlichkeit die Umformulierung des Artikels gemäss untenstehendem Antrag. Er berücksichtigt, dass einerseits StromVV und EnFV konsistent sein müssen und andererseits die Pflicht auf Anrechnung des Grundversorgungspotentials und das Recht auf Verkauf in der Grundversorgung übereinstimmen müssen.

Antrag

⁴ ~~Ist ein Unternehmen marktpremienberechtigt, das Teil eines Elektrizitätsversorgungsunternehmens ist, dessen Sparten, insbesondere Produktion, Netzbetrieb und Grundversorgung, in rechtlich eigenständige Einheiten unterteilt ist, so muss es sich das Grundversorgungspotenzial der anderen Einheiten anrechnen lassen.~~

² ~~Rechtlich eigenständige Einheiten, die eine Sparte eines Elektrizitätsversorgungsunternehmens bilden, dürfen die Elektrizität aus Grosswasserkraftanlagen auch dann zu Gestehungskosten in der Grundversorgung verkaufen (Art. 31 Abs. 2 EnG), wenn nicht sie selbst, sondern eine andere Einheit des Unternehmens marktpremienberechtigt ist. Wer mit einem Marktpremienberechtigten nicht auf diese Weise verbunden ist, sondern zum Beispiel nur durch Konzernzugehörigkeit, hat dieses Recht nicht~~

Wenn Energie des marktpremienberechtigten Unternehmens den grundversorgten Endverbrauchern von Tochter-, Schwester- und Mutterunternehmen grundsätzlich nach Art. 4 Abs. 1 StromVV zu Gestehungskosten in Rechnung gestellt wird oder werden darf, dann:

a) muss sich das marktpremienberechtigte Unternehmen das Grundversorgungspotential dieser Tochter-, Schwester- und Mutterunternehmen anrechnen lassen

b) dürfen diese Tochter-, Schwester- und Mutterunternehmen Elektrizität aus Grosswasserkraftanlagen zu Gestehungskosten in der Grundversorgung verkaufen (Art. 31 Abs. 2 EnG).

Art. 99 – Verfahren beim BFE

Absatz 4: Eine Datenlieferung der EICom an das BFE ist angesichts einfacherer Kontrollmöglichkeiten nicht notwendig und damit unbegründet. Es ist ausreichend, wenn das BFE die Gesuche in geeigneter Form der EICom unterbreitet, die EICom die Prüfung anhand der ihr vorliegenden Daten aus den Kostendeklarationen vornimmt und dem BFE das Resultat der Prüfung meldet. Die Kostendeklarationen der Unternehmen sind grundsätzlich Unternehmensgeheimnisse und schützenswert.

Antrag

⁴ Die EICom unterstützt das BFE beim Vollzug, ~~insbesondere~~ indem es ~~sie die bei ihr verfügbaren Daten zur Grundversorgung liefert. Sie kontrolliert in Koordination mit dem BFE unter anderem~~, ob die Marktpremienberechtigten die Elektrizität, für die sie die Marktpremie erhalten, nicht auch in der Grundversorgung verkaufen. Das BFE unterstützt diese Kontrolle mit den nötigen Daten, ~~soweit es darüber verfügt.~~

5.1 Übergangsbestimmungen

Aus Rücksicht auf die Rechts- und Investitionssicherheit dürfen die Spielregeln für den Investor während des Spiels nicht einschneidend geändert werden. Wir beantragen daher die untenstehende Änderung, so dass *für die Vergütungsdauer und den Vergütungssatz auch weiterhin das im Zeitpunkt des Projektfortschrittes geltende Recht gilt*. Die vorgeschlagene Formulierung der Ziffer 5.1 widerspricht dem erläuternden Bericht diametral.

Antrag

Für Betreiber, die für ihre Anlage vor dem 1. Januar 2018 sowohl einen positiven Bescheid erhalten als auch die vollständige erste Projektfortschrittmeldung nach bisherigem Recht eingereicht haben, gelten sowohl für die Vergütungsdauer wie auch für die Berechnung der Vergütung die Vorgaben, ~~die~~

vor dieser Änderung massgeblich waren zum Zeitpunkt der Einreichung der ersten Projektfortschrittmeldung massgebenden Bestimmungen.

Anhang 1.3 Windenergieanlagen im Einspeisevergütungssystem

4 Vergütungsdauer

Die Windenergie in der Schweiz ist gegenüber vielen EU-Ländern um ca. 20 Jahre im Rückstand. Aufgrund vor allem hinderlicher Rahmenbedingungen wie langwieriger administrativer Prozesse konnte sie noch keine nennenswerte Verbreitung finden. Eine Kürzung der Vergütungsdauer von 20 auf 15 Jahre würde nun den weiteren, dringend benötigten Ausbau der Windenergie in der Schweiz nicht nur stark behindern, sondern wahrscheinlich gänzlich lahmlegen.

Viele Windparks werden seit ca. 2005 entwickelt mit der Aussicht auf eine 20jährige KEV-Vergütung. Bisher wurde aufgrund von langwierigen raumplanerischen und juristischen Verfahren noch keiner dieser Parks tatsächlich gebaut. Erhalten diese Windparks nach 15-20 Jahren Entwicklungszeit endlich einen positiven Förderbescheid und gehen in Betrieb, fehlen ihnen fünf Jahre Förderung im Vergleich zu ihrer langjährigen Planung. Diese fünf Jahre sind aber nötig, um eine Gesamtwirtschaftlichkeit zu erreichen. Die vorgeschlagene Kürzung der Vergütungsdauer würde folglich nicht nur den Bau neuer Anlagen behindern, sondern auch die Investitionssicherheit für die in Planung befindlichen Windparks untergraben.

Antrag

Die Vergütungsdauer beträgt ~~15~~20 Jahre.

Teilrevision Stromversorgungsverordnung (StromVV)

Art. 8a – Intelligente Messsysteme

Wir erachten eine flächendeckende Einführung intelligenter Messsysteme nicht als zielführend. Erstens sind die damit verbundenen Kosten ausserordentlich hoch, während der effektive Nutzen sehr unsicher ist. Zweitens sollte der Bundesrat keine derart detaillierten technischen Standards festlegen, zumal absehbar ist, dass diese schon bald durch neue Technologien überholt sein könnten. Und drittens dürfte es aus rechtlicher und kommunikativer Sicht problematisch sein, bei sämtlichen Kunden – auch gegen deren Willen – einen Smart Meter zu installieren.

Antrag

Vorgeschlagenen Art. 8a StromVV streichen. Anstelle dessen einen neuen Art. 8a einfügen mit folgendem Wortlaut:

¹ Für das Messwesen und die Informationsprozesse ist bei den Endverbrauchern und Erzeugern eine standardisierte Schnittstelle einzuführen, die ihnen direkten Zugang zu ihren Messdaten ermöglicht. Die Netzbetreiber einigen sich auf einen geeigneten Standard der Schnittstelle.

² Neu installierte Messeinrichtungen sind zwingend mit der standardisierten Schnittstelle auszurüsten. Bestehende Messeinrichtungen müssen auf Kundenwunsch mit einer standardisierten Schnittstelle ergänzt werden.

Art. 18– Netznutzungstarife

Bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen zur Einführung einer neuen starren Grenze für die Kundengruppenbildung sowie der grundsätzlichen Vorgabe zum nicht-degressiven Arbeitstarif (mind. 70%) auf der Spannungsebene > 1 kV meldet die BDP Vorbehalte an. Diese genügen weder den gesetzlichen Vorgaben für effiziente Netzinfrastrukturen nach Art. 14 Abs. 3 Bst. e StromVG, noch erfüllen sie den Anspruch der als Ziel gesetzten verursachergerechten Netzkostentragung. Zudem werden die im Rahmen der Revision StromVG geplanten Anpassungen hinsichtlich der wirksamen Berücksichtigung des Leistungsanteils bei der Netztarifizierung nicht abgebildet.

Absatz 2 widerspricht den Vorgaben des StromVG nach Kostenkausalität, weil mit starren Grenzen für die Leistungs- und Arbeitskomponente dem Netzbetreiber die Möglichkeit einer flexiblen Tarifsetzung genommen wird. Zudem wird das bestehende Modell der Netzentgelte umgestossen, in welchem für Kunden mit Leistungsmessung Tariffreiheit gilt.

Innerhalb der vom StromVG vorgegebenen Grenzen soll deshalb die Tarifizierung frei sein. Dies ermöglicht eine verstärkt leistungsbasierte Gestaltung der Netznutzungstarife und stärkt damit die alloкатive Effizienz. Die Tarife widerspiegeln die in Anspruch genommene Netzkapazität und die durch den Endverbraucher verursachten Netzkosten.

Antrag

Art. 18 Abs. 1^{bis} und 2

1^{bis} Innerhalb einer Spannungsebene bilden Endverbraucher mit vergleichbarem Bezugsprofil eine Kundengruppe. ~~Bei Endverbrauchern mit einer Anschlussleistung bis 15 kVA ist nur eine Kundengruppe zulässig.~~

~~2 Der Netznutzungstarif muss bei Spannungsebenen unter 1 kV für Endverbraucher in ganzjährig genutzten Liegenschaften zu mindestens 70-50 Prozent ein nichtdegressiver Arbeitstarif (Rp./kWh) sein. Netzbetreiber und Endverbraucher können einen tieferen Anteil Arbeitstarif vereinbaren, sofern eine Leistungsmessung eingesetzt wird.~~

Verordnung über die Gebühren und Aufsichtsabgaben im Energiebereich (GebV-En)

Anhang 3

Die in Anhang 3 der GebV-En festgelegten Gebühren sind zum Teil deutlich höher als die derzeit durch die Swissgrid erhobenen Gebühren. Eine solche Gebührenerhöhung führt zu höheren Kosten für kennzeichnungspflichtige Unternehmen. Es ist jedoch kein Grund ersichtlich, weshalb die Vollzugsstelle höhere Gebühren für die gleiche Leistung erheben soll.

Antrag

Der Gebührenrahmen für das Herkunftsnachweiswesen ist unverändert zur heutigen Regelung zu belassen.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz